

18 Jeder Mensch ist aufgefordert, aktiven Gebrauch von seinem Wahlrecht und allen demokratischen Mitwirkungsrechten zu machen, insofern sie ihm durch die Verfassung seines Landes gewährt werden. Er schützt und verteidigt damit zugleich die Grundwerte von Gleichheit, Freiheit und Demokratie sowie die Rechte von Minderheiten und setzt sich dafür ein, dass diese Normen in allen Gesellschaftsformen erhalten, verwirklicht oder wiederhergestellt werden.

Der sogenannte Transformationsindex von 2024, der seit 2006 von der Bertelsmann Stiftung alle zwei Jahre zur Qualität von Demokratie, Marktwirtschaft und Regierungsführung erhoben wird, bestätigt eine Befürchtung, die der deutsche Soziologe Ralf Dahrendorf 1998 zum Ausdruck gebracht hat: das 21. Jahrhundert könnte das „Jahrhundert des Autoritarismus“¹ werden. Dem Index zufolge stehen mittlerweile 74 Autokratien nur noch 63 Demokratien gegenüber. „Allein in den vergangenen zwei Jahren waren in 25 Ländern die Wahlen weniger frei und fair, wurden in 32 Staaten die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit weniger geachtet und in 39 die Meinungs- und Pressefreiheit stärker eingeschränkt.“² Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass zivilgesellschaftliches Engagement zur Verteidigung von bürgerlichen und sozialen Rechten, die aktive Wahrnehmung des Wahlrechts sowie die institutionalisierte Kontrolle von Regierungsmacht durch Verfassungsorgane geeignete Mittel sind, um sich autoritären Tendenzen zu widersetzen. So konnten nationalistische und zunehmend autokratische Entwicklungen - wie zuletzt in Brasilien, Polen und Ungarn - an der Wahlurne gestoppt werden.

¹ Ralf Dahrendorf: Anmerkungen zur Globalisierung, in: Perspektiven der Weltgesellschaft, herausgegeben von Ulrich Beck, Frankfurt am Main 1998, S. 41 - 54, S. 52f..

² Wie die Erosion der Demokratie gestoppt werden kann (Pressemitteilung zum Transformationsindex), herausgegeben von der Bertelsmann Stiftung, 19.3.2024.

Dennoch haben wir es mit einem globalen politischen Phänomen zu tun, das seit 2012 international unter dem Begriff der „großen Regression“ diskutiert wird.³ Ein wesentlicher Faktor für die Zunahme autoritärer Tendenzen ist der weltweite Verlust der ökonomischen Souveränität der einzelnen Nationalstaaten. Das führt dazu, so der indische Kulturwissenschaftler Arjun Appadurai, dass rechtspopulistische Parteien und Regime versuchen, „die nationale Souveränität auf dramatische Art und Weise zu reinszenieren, indem sie eine die Mehrheit repräsentierende chauvinistische Leitkultur und einen Ethnonationalismus ausrufen und innenpolitisch jeden intellektuellen und kulturellen Widerspruch unterdrücken.“⁴ Diese Entwicklung lässt sich exemplarisch anhand der Politik von Russlands Machthaber Wladimir Putin nachzeichnen. In einem von ihm im Dezember 2014, kurz nach der Annexion der Krim, unterzeichneten Dekret wird unverhohlen die Feindschaft gegenüber der westlichen Kultur zum Ausdruck gebracht. Unter dem Begriff „Russkij Mir“ (Russisches Universum) wird ein homogener Kulturraum beschworen: „Das Russische Universum ist bevölkert von Menschen mit einem besonderen genetischen Code! Sie sind ein Geschlecht, das den Tod nicht fürchtet und unnütze Annehmlich- und Bequemlichkeiten verschmäht. Das Russische Universum bringt und bietet Europa das, was kein anderer ihm geben kann. Was Europa nicht hat: den Mut, sich gegen das Diktat einer fremden Kultur und Mentalität aufzulehnen.“⁵ Der westliche Multikulturalismus sei „kastriert und unfruchtbar“⁶. Ähnliche Formen der kulturellen Aufwertung der

³ Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit, herausgegeben von Heinrich Geiselberger, Frankfurt am Main 2017.

⁴ Arjun Appadurai: Demokratiemüdigkeit, in: a.a.O. S. 19/20.

⁵ Elena Kostioukovitch: In Putins Hirn, in Lettre Nr. 137, Sommer 2022, S. 14.

⁶ a.a.O. S. 20.

eigenen, angeblich genuin ethnischen Wurzeln, der Abwertung und Ausgrenzung anderer Kulturen und die Bezugnahme auf die einstige imperiale Größe des Landes lassen sich in der Türkei unter Recep Tayyip Erdogan, in Ungarn unter Victor Orbán, in Indien unter Narendra Modi und in China unter Xi Jinping beobachten.

Für Appadurai wurde der Nationalstaat „in vielen Gegenden der Welt allmählich auf die Fiktion des Ethnos reduziert, die sich nun als letzte Bastion erweist, über die er uneingeschränkt gebieten kann.“⁷ Das bedeutet in der Konsequenz eine Aushöhlung einer wesentlichen Funktion der Demokratie: Anstatt Minderheiten zu schützen und ihre Emanzipation zu fördern, wird durch eine bloß formale Demokratie die Macht der Autokraten durch Mehrheiten abgesichert, die nicht selten auf einem eingeschränkten oder manipulierten Wahlrecht beruhen. Hinzu kommt, dass in vielen autoritär regierten „entleerten Demokratien“⁸ weitreichende Einschränkungen der Versammlungs-, Meinungs- und Pressefreiheit bestehen. Dadurch wird die Chancengleichheit der Kandidat:innen in starkem Maß beeinträchtigt. Fakenews und Medienkampagnen, die zum Teil aus dem Ausland gesteuert werden, tragen dazu bei, dass einzelne Personen, die sich für ein Amt zur Wahl stellen, fälschlicherweise diskreditiert werden. Mit großer Wahrscheinlichkeit hat auf diese Weise der oppositionelle Kandidat für die Präsidentschaft in der Slowakei im April 2024 die Wahl verloren, obwohl er lange in den Umfragen vorne lag. In Autokratien wird trotz verfassungsmäßig garantierter Bürgerrechte der Handlungsspielraum der Rechtssubjekte, sowohl von Individuen wie auch von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) zunehmend

⁷ Arjun Appadurai: Die Geographie des Zorns, Frankfurt am Main 2009, S. 37f.

⁸ vergl. Günter Frankenberg, Wilhelm Heitmeyer (Hrg.): Treiber des Autoritären, Frankfurt/New York, 2022.

eingengt und das Rechtssystem in seiner Autonomie beschnitten. Nach Einschätzung des bulgarischen Politikwissenschaftlers Ivan Krastev dienen Wahlen in Ländern, deren demokratische Strukturen ausgehöhlt worden sind, einzig dazu, den Autokraten die Stimmenmehrheit zu sichern. Gesellschaftliche Gruppen, die sich bedroht fühlen, bildeten „in der Gegenwart die stärkste Kraft in der europäischen Politik. Sie befürchten, Ausländer könnten ihr Land übernehmen und ihren Lebensstil bedrohen, und sie sind überzeugt, dahinter stecke eine Verschwörung kosmopolitisch gesinnter Eliten und tribalistisch denkender Immigranten.“⁹

Generell stellt sich die demografische Entwicklung mit sinkenden Geburtenraten für viele Menschen als ein Bedrohungsszenario dar, da sich daraus die Annahme speist, dass der Zustrom von Ausländern, allein wegen des Fachkräftemangels, zunehmen wird.

Gleichzeitig verstärkt die technologische Revolution zum Beispiel auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien und der Einsatz von künstlicher Intelligenz die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes. Die aktuelle Transformation der globalen Wirtschaft führt unzweifelhaft zu Herausforderungen für alle Regierungen, die sich dem Wohl ihrer Bürger:innen verpflichtet fühlen. Entscheidend dürfte hierbei sein, in welcher Weise es den Regierungen gelingt, die langfristig notwendigen Veränderungen, insbesondere angesichts des Klimawandels, in für die Bürger:innen verständliche und akzeptable politische Konzepte umzusetzen. Das Vertrauen in die Fähigkeit der Politik, diesen Transformationsprozess mit Vernunft, Augenmaß und dem notwendigen Gespür für die Belastbarkeit der Bevölkerungen zu steuern, sinkt jedoch weltweit in immer stärkerem Maße.

⁹ Ivan Krastev: Auf dem Weg in die Mehrheitsdiktatur? In: Die große Regression a.a.O. S. 119.

Angesichts dieser Verwerfungen und realen Bedrohungen nimmt der Vertrauensverlust in demokratisch gewählte Regierungen in weiten Teilen der Bevölkerung zu. Ein Begründungszusammenhang für die Verbreitung von Frustration und Unzufriedenheit mit der Demokratie als Herrschaftsform liegt nach Ansicht des indischen Essayisten und Schriftstellers Pankaj Mishra in dem Paradoxon, „dass es, obwohl die Ideale der modernen Demokratie niemals so populär waren wie heute, immer schwieriger oder sogar unmöglich geworden ist, sie unter den Bedingungen der neoliberalen Globalisierung zu verwirklichen“¹⁰.

Das Versprechen der Chancengleichheit wirkt angesichts des zunehmenden Wohlstandsgefälles hohl. Die Menschen werden zwar, so Mishra, „mit materiellen Gütern geradezu überschwemmt. Dennoch gehört es heute zum Alltag all jener Menschen auf der ganzen Erde, die durch rationale Nützlichkeitserwägungen entwurzelt, erniedrigt und überflüssig gemacht werden“¹¹, dass Identität, Würde, Stabilität und Sicherheit unter solchen Bedingungen schwer zu erreichen sind. Schon der französische Publizist und Historiker Alexis de Tocqueville warnte 1835: „Wer in Freiheit leben will, muss sich an ein Leben voller Ungewissheit, Veränderung und Gefahr gewöhnen.“¹² Diese Feststellung war durchaus nicht zynisch gemeint, sondern die genannten Attribute seien nach seiner Auffassung einer Demokratie immanent. Anhand seiner Analyse der amerikanischen Revolution kam er zu dem Ergebnis, dass die Gefahr demokratischen Regierens darin bestehe, zu einer „Tyrannei der Mehrheit“ zu werden. Das bedingungslose Streben nach Wohlstand erzeuge Gier und maßlosen

¹⁰ Pankaj Mishra: Politik im Zeitalter des Zorns, in: Die große Regression a.a.O. S. 184.

¹¹ ebenda.

¹² Alexis de Tocqueville: Journeys to England and Ireland, London/New Brunswick 2003, S. 116.

Ehrgeiz, der zu „zerstörerischem Neid und chronischer Unzufriedenheit“¹³ führe. Es zeigt sich auch, dass die Orientierung an einem nackten Wohlstandsparameter wie dem Bruttoinlandsprodukt in keiner Weise ausreicht, um die wirtschaftliche Stärke eines Landes zu ermessen. So kommt beispielsweise der schottische Wirtschaftswissenschaftler Angus Deaton, dem 2015 der Nobelpreis in seiner Disziplin verliehen wurde, zu dem Ergebnis, dass Geld und Konsum keinesfalls die alleinigen Faktoren für das Wohlbefinden der Bevölkerung sein können. Er zweifelt daran - wie viele Globalisierungskritikern:innen vor ihm - , „dass die Nachteile, die die amerikanischen Arbeiter aufgrund der Globalisierung erleiden mussten, ein vernünftiger Preis dafür waren, im Gegenzug die weltweite Armut zu bekämpfen“.¹⁴ Abgesehen davon hat der internationale Freihandel ohne jegliche soziale Standards und auch die globale Tourismusindustrie in den allermeisten Fällen nur denjenigen zu mehr Wohlstand verholfen, die zu den aufstrebenden lokalen Mittelschichten oder den ausländischen Investoren gehören. Ein weitestgehend unkontrollierter internationaler Finanzkapitalismus hat zu rigoroser Spekulation mit Grundstücken, Immobilien und Geschäftsbeteiligungen geführt, die zu einer exorbitanten Reichtumssteigerung bei den oberen 3% der Weltbevölkerung geführt und die materielle und soziale Ungleichheit maßlos verschärft hat.

Die Ursache für das schwindende Vertrauen in demokratische Regierungsformen zugunsten autoritärer Regierungen ist wohlmöglich in der wachsenden Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit der ökonomischen Aufstiegsmöglichkeiten breiter Kreise der

¹³ ebenda.

¹⁴ Angus Deaton im Gespräch mit Mark Schieritz, in: Die ZEIT, 2. April 2024.

Bevölkerung in den „Wohlfahrtsstaaten“, aber auch in den sogenannten „Schwellenländern“ zu suchen. Diese rationalen Argumente werden durch irrationale Argumentationsmuster ergänzt, die mit diversen Gefühlen verbunden sind, die sich aus Neid, Demütigung und Ohnmacht speisen. Diese diffusen Gefühle, so Pankaj Mishra, führen zu der Diagnose, die „Demokratie als einen hochgradig belasteten emotionalen und sozialen Zustand zu begreifen, der heute weltweit instabil geworden ist.“¹⁵ Dies geht einher mit einer Selbstverachtung, einem ohnmächtigen Hass auf andere und kann „zu einem aggressiven Drang entarten, der bewirkt, dass man sich nur anerkannt fühlt, wenn man anderen vorgezogen wird, und dass man Freude an ihrer Erniedrigung empfindet“¹⁶.

Wir leben zweifellos in einer Übergangsphase, für die der italienische Philosoph und Politiker Antonio Gramsci in den 1920er Jahren den Topos des „Interregnums“ verwandt hat. Nach einer Phase der extensiven Globalisierung, die im Zeichen einer neoliberalen Ideologie von Margret Thatcher, Bill Clinton, Toni Blair, Gerhard Schröder bis Angela Merkel auf nationaler Ebene als „alternativlos“ apostrophiert und umgesetzt wurde, beginnt spätestens seit 2016, wie der deutsche Soziologe Wolfgang Streeck argumentiert, „eine Periode extremer Unsicherheit, in der gewohnte Kausalzusammenhänge außer Kraft gesetzt sind und jederzeit Unerwartetes, Gefährliches, grotesk aus dem gewohnten Rahmen Fallendes geschehen kann.“¹⁷ Unter diesen Vorzeichen sind die politischen Unter diesen Vorzeichen sind die politischen Klassen gezwungen, wieder in verstärktem Maße auf

¹⁵ Pankaj Mishra a.a.O. S. 191.

¹⁶ a.a.O. S. 185.

¹⁷ Wolfgang Streeck: Die Wiederkehr des Verdrängten, in: Heinrich Geiselberger (Hrg.) a.a. O. S. 266.

ihre Bevölkerungen zu hören. Eine ungebremste Globalisierung auf Kosten von relevanten Teilen der arbeitenden Bevölkerung durch rücksichtslose Verlagerung von Produktionsstätten in Länder mit günstigeren Steuersätzen und billigeren Löhnen ist deshalb immer schwieriger vor dem Wahlvolk zu rechtfertigen. Bei dem Versuch, eine neue, nationale Wirtschaftspolitik umzusetzen, werden jedoch verschiedene Entwicklungsstränge unvermittelt nebeneinander herlaufen, da viele Firmen der großen kapitalistischen Länder ihre Profite weiterhin im Ausland erwirtschaften und andere nur dann bereit sind, im Inland zu produzieren und zu investieren, wenn der Staat ausreichend Subventionen bereitstellt. Die von Unternehmen, Kommunen und Verbänden gewünschte Planbarkeit von langfristigen Umstrukturierungen erweist sich unter diesen Bedingungen als immer schwieriger.

Für die Bevölkerungen stellen sich die Defizite und Unzulänglichkeiten politischen Handels dann besonders krass dar, wenn sie feststellen, dass ihre Bedürfnisse und Wünsche durch Direktiven und Verordnungen systematisch übergangen werden. Von grundsätzlicher Bedeutung ist deshalb, dass etwa bei der Ansiedlung von Industrien oder Flüchtlingsunterkünften die Kommunen intensiv in die Planungs- und Umsetzungsprozesse eingebunden werden. Nur wenn Bevölkerungen durch demokratische Prozesse an Entscheidungen über grundlegende, gesellschaftspolitisch relevante Fragestellungen beteiligt werden, kann ein gesellschaftlicher Konsens erreicht werden. Während beispielsweise in Irland das Vertrauen in die Regierung nach der Finanzkrise von 2008 auf nur 10% im Jahr 2009 gesunken war, haben Bürgerräte und anschließende Volksabstimmungen erreicht, dass das Vertrauen im Jahr 2024 auf einen Rekordwert von 50% gestiegen ist.¹⁸ In einem

¹⁸ Jon Alexander: Glimpse #3: Ireland vs Distrust, Medium, April 19th 2024.

Treffen am 26. April 2024 mit den Mitgliedern eines Bürgerforums in Frankreich zum Thema „Sterbebegleitung legalisieren und palliativer Pflege“ erklärt der französische Staatspräsident Emmanuel Macron laut *Le Monde*: „Sie haben als Bürger:innen die Wahl getroffen, in einem loyal und transparent organisierten Rahmen zu trainieren, zu debattieren und zu lernen. Was aus ihren Debatten hervorgeht, ist der Ausdruck einer informierten Meinung, die uns bindet. Und, insofern wir dem nicht folgen, sind wir gezwungen, ihnen zu erklären, warum.“¹⁹ Die Wahrnehmung von demokratischen Mitwirkungsrechten in Betrieben und Kommunen, die Beteiligung an Bürgerforen und der aktive Gebrauch des Wahlrechts stellen deshalb eine wichtige Voraussetzung dar, um demokratische Strukturen zu erhalten und langfristiger, produktiver und effektiver zu gestalten. So könnte es als eine Herausforderung demokratisch gewählter Regierungen verstanden werden, sich der Systemkonkurrenz autokratisch regierter Staaten zu stellen und durch effektiveres und transparentes Regierungshandeln dafür zu sorgen, dass das verloren gegangene Vertrauen zurückgewonnen wird.

¹⁹ Le Monde, 27. April 2024.